

Liebe Mitbürger und Freunde der BI,

wie auf der Demo am 07.01.2013 angekündigt haben wir, der Vorstand der BI, einen Widerspruch zum Satzungsvollzug an die Rechtsaufsicht des BLK gerichtet. Nachzulesen ist dieser Brief auf der Internetplattform Weißenfelder Seiten. Hauptkritikpunkt ist die Verhinderung von wirklicher Öffentlichkeit bei Verwaltungsratssitzungen. Quasi durch die Hintertür soll die Gemeindeordnung ausgehebelt und der erforderliche Tagesordnungspunkt „Bürgerfragestunde“ eliminiert werden. Wir sind gespannt zu welchen Verbiegungen in Punkto Gesetzesauslegung dies führen wird. Wir gehen davon aus, dass die Kommunalaufsicht des BLK uns wie bei ähnlich gelagerten Schreiben (BI + Ortschaftsrat Boraus) nicht antworten wird (seit 1/2 bzw. 1/4 Jahr überfällig!). Spätestens zum nächsten Termin einer AÖR- Sitzung wird es eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Landrat mit Kopie an den Ministerpräsidenten von Sachsen Anhalt geben.

Man kann, darf und sollte nicht so mit den Bürgern umspringen!!!

Weiter geht es auch in Sachen Information des Petitionsausschusses des Landtages von Sachsen Anhalt. Der komplette Schriftsatz wird ca. Ende des Monats an den Landtag gehen. In diesem Zusammenhang erinnern wir an die Unterschriftenliste. Wer noch nicht unterschrieben hat und dass Anliegen nach gerechten HKB's für WSF unterstützt, bitten wir dies im Anschluss noch zu tun. Weitere Aktivitäten sind:

- Ermittlung von Anteil an tatsächlichen Belastungen der KA durch Schlachthof
- Überprüfung von Abwassermengen und Frachten
- Informationsgewinnung zu Kalkulationsgrundlagen der Starkverschmutzergebühr

(zu Letzterem gibt es viel Erklärungsbedarf, sollen doch statt geschätzter 2 Mill.€ nur 700.000€ Gebühren der Stadt zufließen, davon 0 € von Tönnies!). Seitens AÖR wird eine begrenzte Offenlegung gegen Gebühr in Aussicht gestellt. Der Nutzen ist aber begrenzt, wenn man den Geheimvertrag mit Tönnies und das Geschehen im ZAW um die Offenlegung des Vertragsinhaltes in Betracht zieht.

Wie massiv die Vorteilsgewährung für Tönnies ist, darüber kann man sich auf der Internetseite „Aktuelle Nachrichten - CDU Weißenfels“ informieren. Die sich selbst entlarvenden Aussagen des Herr Reimann sprechen für sich und geben eine Vorstellung davon ab, was hinter den Kulissen so abläuft.

Heute möchten wir noch etwas ausführlicher zum Thema Vergärungsanlagen Zorbau sagen. Die im Auftrag von Tönnies tätige Projektentwicklungsfirma, Schwarting Biosysteme, hat der Aufforderung des Landesverwaltungsamtes zur Nachbesserung der Projektunterlagen bisher nicht Folge geleistet, obwohl eine Frist bis 30. 11. 2012 gesetzt wurde.

Das LVA gibt der Firma nun eine nochmalige Fristverlängerung für Nachbesserungen, so die Aussage von Hr. Jannosch als Bearbeiter beim LVA. Erst danach soll es aus formalen Gründen zur Rücknahmeanordnung kommen!

Wer beim ersten Erörterungstermin dabei war, weiß um das Scheitern bereits beim 1. Themenkreis, wo es um Standortfragen ging: Die Beziehungen zu benachbarter Industrie und Gewerbe, aber auch grundsätzliche Probleme, wie der Bau dieser zwei Anlagen im Trinkwasserschutzgebiet „Langendorfer Stollen“.

Die Auswirkungen auf die Bürger der umliegenden Gemeinden waren da noch kein Thema.

Erstaunlich die Geduld der Behörde. Man könnte es fast als Bitten und Betteln interpretieren, doch was zu tun, um das Projekt zu retten.

Man muss sich immer vor Augen halten, dass die Vergärungsanlage im Kontext zu der Ende 2012 genehmigten KA Erweiterung steht. Tönnies sucht für die nun mögliche Ausweitung der Schlachtkapazität auf 20.000 Schweine/Tag nach einer günstigen Entsorgungsart für Schlachtabfälle und Magen-Darm-Inhalte. Und was ist günstiger als dies von den Bürgern bezahlen zu lassen (über Erneuerbare Energie Gesetz), von möglichen Fördergeldern ganz zu schweigen. Deshalb die große Nachsicht der Behörde, die sie sicher dem kleinen Mann auf der Straße niemals gewährt wird.

Das LVA, die Fa. Tönnies und der Projektentwickler Schwarting können sich sicher sein, dass die Bürger, die BI's, der BUND und die

mit ihnen verbündeten Betriebe aus dem Gewerbegebiet Zorbau die Entwicklungen im festen Blick behalten werden.

Wir haben unser Pulver bzw. Argumente noch lange nicht verschossen.

**Wir, die Bürger sagen es ganz laut in Richtung Tönnies und LVA:
Wir wollen diese Mensch und Umwelt gefährdenden Anlagen
nicht in unserer Nachbarschaft haben !!**

Seitens Stadtverwaltung, OBM und Stadtrat hüllt man sich nach wie vor in dieser Angelegenheit in tiefes Schweigen. Dieses Schweigen verrät aber die Strippenzieher im Hintergrund. Man will der ersten Untat (Kläranlagenerweiterung) auch eine zweite und viele weitere folgen lassen. Es zählt allein der Profit des Unternehmens, getreu dem Motto „Lobbyisten aller Parteien vereinigt Euch“, sind die Strippenzieher von CDU, Linken und SPD im Verein mit Stadtoberhaupt und Verwaltung weiter am unheilvollen Wirken.

**Die Interessen der Bürger spielen keine Rolle, neue
Geldverschwendungsprojekte stehen uns 2013 bevor.**

Wir möchten an den Ausbau der Bahnhofstraße für Schwertransporte erinnern und an die Tönnies- Rampenanbindung der B91n. Alles Projekte, die dem Stadthaushalt viele Millionen € kosten werden, die das Investitionsgeschehen in der Kernstadt und den eingemeindeten Ortsteilen völlig zu Erliegen bringen wird.

Ein besonders krasses Beispiel ist der Ortsteil Borau (Wohnort des OBM!). Vom ursprünglichen Planungsansatz für 2012 an Investitionen in Höhe von 250.000 € blieben zu Beginn 2012 noch 55.000 € übrig. Diese Betrag reduzierte sich auf 2.500 € im Laufe des Jahres (reicht für 1 Schlagloch, so die Aussage im Ortschaftsrat). Aber selbst dieses eine Schlagloch wurde 2012 nicht realisiert. So die ernüchternden Fakten dieser außer Kontrolle geratenen Entwicklung der Stadt WSF. Es läuft alles auf die Privilegierung eines einzigen Unternehmens zu Lasten aller Bürger hinaus. Merken wir uns gut die Namen, die für diese verfehlte Kommunalpolitik in der Bananenrepublik WSF stehen. Da ist zunächst Hr. Stier, CDU und MdB, der September 2013 wieder in den Bundestag einziehen und

dort gut versorgt werden will. Er wie auch Hr. Reimann, CDU und stellvertr. Stadtratsvorsitzender haben sich aus heiß diskutierten Themenfeldern ZAW/AöR zurückgezogen. Erst mal die Bürger umschmeicheln und Wahlen gewinnen heißt die Devise. Linke und SPD werde nachziehen, wenn sie das CDU Spiel durchschauen. Wir können aber sicher sein , dass sich an ihrer grundsätzlichen Haltung, ihrer Lobbyarbeit zu Gunsten der LM Industrie und zu Lasten von uns Bürgern nichts ändern wird.

Durchkreuzen wir die Pläne der Strippenzieher und Lobbyisten, sie müssen raus aus Stadtrat und Verwaltung!